

FrankfurterRundschau
Druck- und Verlagshaus
Frankfurt am Main GmbH

Vorsitzender des Herausgebers:
Konstantin Neven DuMont

Chefredakteur:
Joachim Frank, Rouven Schellenberger
Mitglied der Chefredaktion: Stephan Hebel

Politik und Wirtschaft: Arnd Festerling (Leitung)
Monika Kappus (Politik)
Bernd Salzmann (Wirtschaft)
Sport: Thomas Vögele
Feuilleton: Christian Thomas
Magazin/Panorama: Martin Scholz
Wissen und Bildung: Karl-Heinz Karisch
Frankfurt: Dr. Matthias Arning
Rhein-Main: Stefan Kuhn
Multimedia: Michael Bayer (Tablet),
Markus Wanderl (fr-online.de)
(jeweils verantwortlich)

Leitende Redakteure
Regine Herrmann, Wolfgang Wagner (Deskchefs),
Ursula Rüßmann, Brigitte Spitz,
Joachim Wille (Politik),
Astrid Hölscher (Meinung),
Katharina Sperber (Magazin),
Christoph Albrecht-Heider (Reportage),
Lutz Fischer, Claus-Jürgen Göpfert (Frankfurt),
Pitt von Bebenburg (Landespolitik Hessen),
Werner Neumann (Ausbildung)

DuMont Redaktionsgemeinschaft GmbH
Brigitte Fehrl (Chefredakteurin),
Robert von Heusinger
(Stellvertreter Chefredakteur),
Christian Bommaris, Karl Doemens,
Holger Schmale, Arno Widmann

Gestaltung und Produktion:
FR-Publishing GmbH, Geschäftsführung: Annette
Tiedge, Hans-Dieter Klein, Joachim Löw
ArtDirection: Annette Tiedge,
Bild: Torsten Deutzmann

Redaktion und Verlag:
Postanschrift: 60266 Frankfurt am Main,
Hausadresse:
Karl-Gerold-Platz 1, 60594 Frankfurt am Main,
Telefon 069/2199-1
(zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im
Impressum genannten Verantwortlichen und Ver-
tretungsberechtigten),
internet: www.fr-online.de

Geschäftsführer: Karlheinz Kroke
Anzeigen: Karsten Hundhausen (verantwortl.)
Marketing: Ralf Walther
Vertrieb: Ralf Prokasy
Logistik: Jan Ochs
Sämtlich: Frankfurt am Main

Anzeigenpreise laut Liste Nr. 68 und 68a vom
1. Januar 2010

Erscheint täglich außer sonn- und feiertags.
Monatsbezugspreis Inland: Trägerzustellung
in Hessen 33,25 Euro; Trägerzustellung übriges
Bundesgebiet und Postbezug 34,45 Euro;
ermäßigter Bezugspreis für Studierende,
Wehrpflichtige, Zülldienstleistende und
Auszubildende 19,75 Euro (Nachweis
erforderlich);
alle Preise inkl. 7 % Umsatzsteuer.

Monatsbezugspreis Ausland: auf Anfrage.

Telefax Anzeigen: 069/3110030;
Telefax Vertrieb: 069/2199-3264.

Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages
oder infolge höherer Gewalt keine Entschädi-
gung. Für unverlangte Einsendungen überneh-
men wir keine Verantwortung. Eine Verwertung
der urheberrechtlich geschützten Zeitung und al-
ler in ihr enthaltenen Beiträge sowie Abbildun-
gen, insbesondere durch Vervielfältigung,
und/oder Verbreitung, ohne vorherige schriftliche
Zustimmung des Verlages ist unzulässig und straf-
bar. Insbesondere ist die Einspeicherung
und/oder Verarbeitung der auch in elektronischer
Form vertriebenen Zeitung in Datenbanksystemen
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Druckzentrum Neu-Isenburg,
Rathenaustraße 29, 63263 Neu-Isenburg.
Geichtsstand: Frankfurt am Main.

Frankfurter Rundschau (USPS 011-355) is publis-
hed daily by Druck- und Verlagshaus Frankfurt
am Main GmbH, 60266 Frankfurt am Main.
Periodicals postage paid at Champlain N.Y. and
additional mailings offices. Address changes
should be sent to IMS of N.Y., 100 Walnut St., #3,
P.O. Box 1518, Champlain, N.Y. 12919-1518.
For details call: IMS at 1 (800) 428-3003.

Verleger bis 1973: Karl Gerold.

GASTBEITRAG

Kollektive Schizophrenie

Viele, die gegen politische
Missstände aktiv werden,
bleiben als Kunden passiv.
Das Konsumverhalten zu
ändern, ist offenbar eine
der schwersten Übungen.

Von Heike Leitschuh



Glücksgefühl dürfte beim Kauf fairer Schokolade oder dem Stromwechsel kaum aufscheinen. Trotzdem gäbe es Möglichkeiten, sichtbar zu machen, dass unsere scheinbar unbedeutende Einzelaktion Wirkung in der Masse zeigt. Zum Beispiel könnte man sich auf dem Frankfurter Römer ein „Barometer“ vorstellen, das anzeigt, wie weit es Stadt und Bürger schon damit gebracht haben, Klimagase zu reduzieren, und wie viele Haushalte Ökostrom beziehen. Medien und Internet könnten helfen, den jeweils aktuellen Stand zu verbreiten.

Das eigene Verhalten zu ändern, ist eine der schwersten Übungen. Doch offenkundig fehlt es auch an Einsicht, dass der eigene Lebensstil gravierende Auswirkungen auf das Wirtschaftssystem des Landes und in der Welt hat. Die Debatte über die Energiepolitik ist derzeit ganz und gar technozentriert. Aber auch 100 Prozent Erneuerbare werden uns nicht retten, möglicherweise sogar neue Probleme einbringen (Landschaftsverbrauch), wenn nicht parallel zum Technologiewechsel auch der Kon-

sumwechsel stattfindet, wenn wir viel weniger und effizienter verbrauchen.

Wir wissen, dass wir schon bald ganz vieles anders machen müssen. Aber solange es geht, zögern wir es hinaus. Und wundern uns, dass die Konzerne ebenso handeln. Bis zum letzten Tropfen Öl... Wir sind damit Teil des Problems, Teil eines Systems, das überwunden werden muss.

1880 gab Paul Lafargue in seiner Schrift „Recht auf Faulheit“ den Arbeitern eine Mitschuld an ihrer Unterdrückung im Kapitalismus, weil sie die Arbeit als Mittel zum Konsum uneingeschränkt ins Zentrum ihres Lebens stellten. Noch heute ist es nicht opportun, Kritik an einer Lebensweise zu üben, die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen mit befördert. Wir sehen uns gern als Opfer falscher Politik und übermächtiger Konzerne. Wir sind jedoch auch Täter, weil wir falsche Politik zulassen und Konzerne nicht in ihre Schranken verweisen – nicht zuletzt, weil wir den immer neuen Verlockungen des Konsums erliegen.

Die Stuttgarter kämpfen gegen einen Tiefbahnhof, der Fahrzeiten leicht verkürzen soll. Öffentlich sind die Bahnfahrer unter ihnen bereit, auch andernorts längere Zeiten zu akzeptieren. Die Politik der Bahn, die schnelle Fernstrecken über Service im Regionalverkehr stellt, ist auch marktgetrieben. Vergessen wir bitte nicht, dass unser Mobilitätsverhalten ein durch und durch ungeduldiges geworden ist.

Wir haben große Möglichkeiten: mit einer Revolution des Lebensstils. Wohl fehlt uns noch die Fantasie, wie das neue Leben aussehen könnte. Es gibt sie aber, die Blicke in eine attraktive Zukunft, in der wir als vorrangig soziale statt konsumierende Wesen „gut leben statt viel haben“, etwa in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“. Die Zeit scheint noch nicht reif, dass diese Denkanstöße und Utopien breiter zur Kenntnis genommen werden. Sie wird kommen (müssen).

Heike Leitschuh ist Buch-Autorin, unter anderem Mitherausgeberin des Jahrbuchs Ökologie, und Beraterin für Nachhaltigkeit.

KOLUMNE

Update des Wilden Westens

MARCIA PALLY

*Das Amerika des
Do-it-yourself will keinen
starken Staat. Deshalb
können die Republikaner
bei der Wahl punkten.*



kleinen Leute dabei zu unterstützen, auch etwas von den Wohltagen des Kapitalismus abzubekommen. Aber sie sind die absolute Minderheit in Amerika. Selbst Roosevelt war während der Depression mit umfassenden Protesten gegen genau die Regierungsprogramme konfrontiert, die das Land aus dem ökonomischen Chaos befreiten. Obama hat nun mit dem gleichen Problem zu kämpfen wie seinerzeit Roosevelt.

Der Film „The Social Network“ schließlich beschreibt die Anfänge Facebooks. Im Film ist der Facebook-Gründer ein cleverer, angriffslustiger Harvard-Student im Grundstudium, der den reichen Jungs eine halbfertige Idee klaut und diese mit einer Überdosis Chuzpe und harter Arbeit zu einer heute 25 Milliarden Dollar schweren Webseite entwickelt. Die Regierung ist dabei entweder indifferent und korrupt (in Harvard) oder unbedeutend und bürokratisch (vor Gericht). Der raketenhafte Aufstieg des Jungen ist der Do-it-yourself-Ge-danke, im Do-it-yourself-Amerika ist ein starker Staat immer die schlechteste Option.

Die Ratte ist ein acht Meter großes Aufblasmodell, das eine New Yorker Gewerkschaft vor bestreikten Gebäuden aufstellt, um Arbeitgeber aufzuregen. Rattenleute sind auch für den kleinen Mann, aber sie glauben, dass die Regierung die Großunternehmen kontrollieren sollte, um die

gen Konzernen zum Nachteil des kleinen Mannes. Obama machte die Regierung noch stärker: Schmeißt die Mistkerle raus! Die Republikaner sind für einen schwachen Staat. Wählt die Mistkerle ins Amt! Die meisten Amerikaner beschweren sich nicht, wenn ein schwacher Staat und eine minimale Regulierung des Marktes Großunternehmen fördern. Denn sie glauben, dass auf dem freien Markt der Möglichkeiten, im Kapitalismus, wie unsere Kirchgängerin es nennt, auch sie profitieren. Nebenbei, im Do-it-yourself-Amerika ist ein starker Staat immer die schlechteste Option.

Die Ratte ist ein acht Meter großes Aufblasmodell, das eine New Yorker Gewerkschaft vor bestreikten Gebäuden aufstellt, um Arbeitgeber aufzuregen. Rattenleute sind auch für den kleinen Mann, aber sie glauben, dass die Regierung die Großunternehmen kontrollieren sollte, um die

Marcia Pally ist Literaturwissenschaftlerin in New York.
Übersetzung: Nicole Lindenberg

KOMMENTARE

Integration verweigert

Von Ursula Rüßmann

Fördern und fordern“ hat sich die Bundesregierung bei der Integrationspolitik ins Aufgabenheft geschrieben, und das Leitprinzip ist an sich völlig angemessen. Nur müsste es auch in beiden Teilen umgesetzt werden, um das Zusammenleben von Zuwanderern und Einheimischen voranzubringen. Doch daran hapert es immer mehr. Fördern wird kleingeschrieben, fordern und abwehren hat Hochkonjunktur: Sarrazins rechtspopulistisches Machwerk „Deutschland schafft sich ab“ ist dabei, zum Inspirationsquell Nummer 1 schwarz-gelber Politik zu werden.

Der Eindruck dränge sich schon auf, als CSU-Chef Seehofer für einen Stopp von Zuwanderung aus fremden „Kulturkreisen“ blies und die Kanzlerin selbst meinte, das Scheitern von Multikulti gleich mehrfach proklamieren zu müssen. Nimmt man die aktuellen Kabinettsbeschlüsse, wird er zur Gewissheit: Sie sind, einmal abgesehen von der härteren Gangart gegen Zwangsehen, ausgrenzende Symbolpolitik.

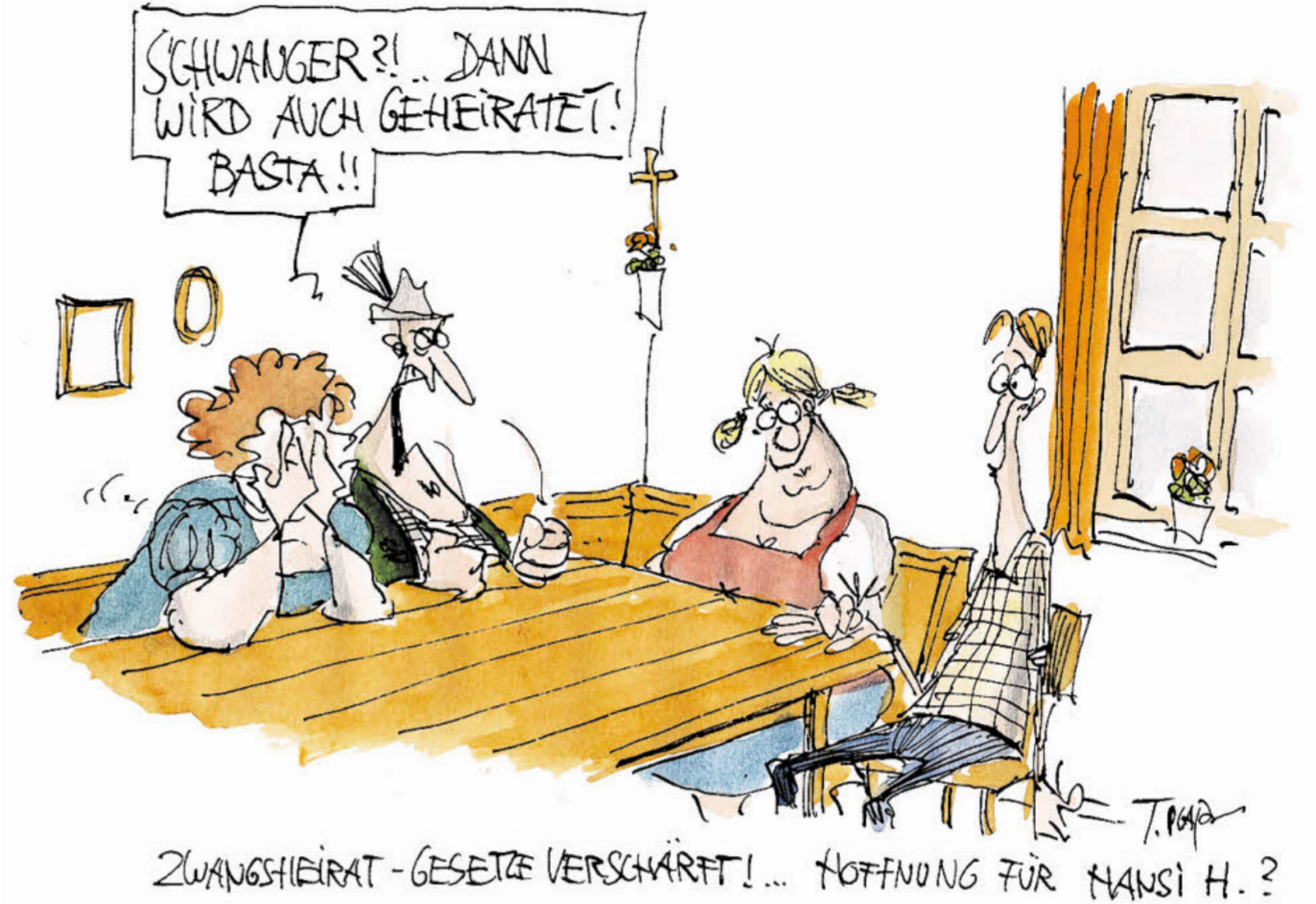
Vor allem die angeknüdigten Sanktionen gegen Integrationskurs-Schwänzer bringen nichts Neues, sie sind schon jetzt möglich. Der verordnete verstärkte Datenaustausch zwischen den beteiligten Behörden kostet viel, nutzt aber wenig, denn das eigentliche Problem bei den Integrationskursen sind gar nicht die Drückeberger. Es sind vielmehr die Tausenden Zuwanderer, die liebend gern Deutsch lernen würden, um sich eine Existenz aufzubauen, aber monatelang auf einen Platz warten müssen, weil die Kurse völlig überlaufen sind. Diesen Bedarf unbeantwortet zu lassen, ist die eigentliche Integrationsverweigerung – die von oben, sozusagen.

Die Tücke beim Riestern

Von Jutta Maier

Einen Riester-Vertrag abzuschließen, ohne die Zulagen zu beantragen, ist wie Autofahren mit angezogener Handbremse – das sagen Experten zu diesem traumhaften Zustand hat sie den ersten, leichtesten Teil der Strecke zurückgelegt. Es bleiben gewaltige soziale Probleme. Der Niedriglohsektor grassiert, die Langzeitarbeitslosigkeit drückt die Menschen in die Armut. Die Spaltung der Gesellschaft schreiet voran.

Gerade weil dies so ist, ist es so wichtig, das Erreichte zu würdigen, statt es wie üblich kleinzureden. Die glorreiche Zwei vor dem Komma kann Anlass sein, selbstbewusst den Perspektivwechsel einzuleiten. In dem neuen Zeitalter mit einem nicht glänzenden, aber guten Arbeitsmarkt verschieben sich die Prioritäten. Mehr denn je kommt es auch, aber nicht allein darauf an, Beschäftigung zu schaffen. Eine Gesellschaft mit dieser starken Basis kann es sich leisten, die Ausgeschlossenen und Abgehängten mitzunehmen. Sie kann mit Mindestlöhnen und einem gezielten Ausgleich durch einen kraftvollen Sozialstaat dafür sorgen, dass sich der Wohlstand gerechter verteilt. Das ist angesichts des demografischen Wandels auch ein ökonomischer Imperativ. Die Politik hat die Chance, den alten Satz endlich wieder mit Leben zu füllen: In diesem Land wird jeder gebraucht.



LEITARTIKEL

Fremde Federn

MARKUS SIEVERS



Die glorreiche Zwei vor dem Komma der Arbeitslosenzahl ist kein Verdienst von Schwarz-Gelb. Und sie sollte vor allem eine Verpflichtung sein, endlich die Abgehängten mitzunehmen.

lenländern. Zudem stützten die oft verkanteten Konjunkturprogramme inklusive der großen Steuersenkungen, die auf das Konto von Schwarz-Rot gehen.

Wer das deutsche Beschäftigungswunder enträtseln möchte, muss weiter zurückblicken als bis zur letzten Bundestagswahl. Zwei Faktoren treiben den Stellenaufbau: die Arbeitsmarktgesetze von Rot-Grün und das starke Wachstum. Über das Mischungsverhältnis lässt sich endlos debattieren, kaum aber über die entscheidende Rolle dieser beiden Jobmotoren.

Bis zu den Hartz-Reformen hielt über vier Jahrzehnte ein scheinbares Naturgesetz das Land im Griff: Die Arbeitslosigkeit schwankte mit der Konjunktur, aber stieg im Trend immer, weil im Abschwung mehr Stellen verloren gingen als im Aufschwung entstanden. Dieses Muster verschwand erstmals im Konjunkturhoch vor der Krise. Auch jetzt, beim Aufstieg aus dem tiefen Tal, werden die Beschäftigungsverluste mehr als ausgeglichen. Es entstanden mehr